

Statements von Mitgliedern der Allianz

Dr. med. Marion Charlotte Renneberg, Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen:

„Durch die aktuellen Gesetzesvorhaben droht eine dramatische Verschlechterung der niedersächsischen Versorgungsstrukturen. Wir fordern den Gesetzgeber auf, das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz grundlegend zu überarbeiten, damit auch zukünftig funktionierende und gefestigte regionale Strukturen die Behandlung von Patientinnen und Patienten sicherstellen.“

Dr. Marie Kajewski, Direktorin des Caritasverbandes für die Diözese Hildesheim:

„Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein. Gemeinnützige Krankenhäuser sorgen dafür, dass die Versorgung der Menschen im Mittelpunkt steht und nicht die Rendite. Als tragende Säule eines solidarischen Gesundheitswesens verdienen sie verlässliche politische Rahmenbedingungen und eine starke Zukunftsperspektive.“

Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen:

„Krankenhäuser brauchen eine faire Finanzierung ihrer Leistungen. Das heißt: Kostenträger müssen Tarifsteigerungen vollumfänglich refinanzieren. Ohne eine auskömmliche Refinanzierung drohen Defizite, die insbesondere freigemeinnützige Krankenhäuser nicht ausgleichen können. Die Sorge vor drohenden Insolvenzen steigt und damit auch die Sorge, dass benötigte Häuser unkontrolliert schließen und Lücken in das Versorgungsnetz reißen. Diese unkontrollierten Insolvenzen wären in einem Flächenland wie Niedersachsen katastrophal für eine bevölkerungsnahе Gesundheitsversorgung.“

Hans Martin Wollenberg und Andreas Hammerschmidt, Vorsitzende Marburger Bund Niedersachsen:

*„Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz ist ein Schlag ins Gesicht aller Krankenhausbeschäftigten und der Versicherten. Für die Versicherten bedeutet es vor allem Leistungskürzungen. Sie werden die Folgen dieses Gesetzes unmittelbar zu spüren bekommen – und die Politik spricht darüber nicht offen. Den Kliniken bringt es statt der nach Jahren von Pandemie und Dauerüberlastung dringend benötigten Entlastung ein bürokratisches Spardiktat und erhöht den ökonomischen Druck massiv. Krankenhäuser können nicht sparen wie Fabriken – jede weitere finanzielle Belastung verschärft die ohnehin alarmierenden Arbeitsbedingungen. Die Folge: Noch mehr Ärzt*innen werden dem System den Rücken kehren, weil sie die Verantwortung für eine politisch verordnete Mangelverwaltung nicht länger tragen können und wollen. Das Gesetz gefährdet die Versorgungssicherheit in Niedersachsen. Deshalb erwarten wir von der Landesregierung, dass sie sich in Berlin entschieden gegen diesen Kurs stellt. Die finanzielle Stabilisierung der Krankenkassen darf nicht mit einer Destabilisierung der Krankenhäuser bezahlt werden.“*

Landrat Sven Ambrosy, Vizepräsident des Niedersächsischen Landkreistages:

„Die kommunalen Krankenhäuser erwirtschaften hohe Verluste, weil die Gesetzliche Krankenversicherung ihrer Verpflichtung zur Finanzierung allenfalls unzureichend nachkommt. Allein 2024 und 2025 mussten wir 1,3 Milliarden Euro kommunaler Mittel aufwenden, um eine flächendeckende Krankenhausversorgung zu sichern. Die aktuellen Kürzungspläne der Bundesregierung verschlechtern die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser noch einmal massiv. Die Kommunen sind jedoch weder zuständig noch finanziell in der Lage, dauerhaft als Lückenbüßer für eine chronische Unterfinanzierung der stationären Versorgung einzuspringen.“

Stefan Fischer, Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen / Bremen des Verbandes des Klinikmanagements Deutschlands e. V.:

„Die Krankenhäuser in Niedersachsen und Bremen stehen zur notwendigen Weiterentwicklung der Krankenhausstrukturen. Spezialisierung, Qualitätssicherung und eine bedarfsgerechte Versorgung sind wichtige Ziele der Krankenhausreform. Gleichzeitig erleben viele Kliniken bereits heute eine existenzielle wirtschaftliche Belastung. Zusätzliche Einsparvorgaben im Krankenhausbereich dürfen nicht dazu führen, dass die Umsetzung der Reform ausgerechnet durch finanzielle Instabilität der Krankenhäuser gefährdet wird. Wer von den Kliniken einen tiefgreifenden Strukturwandel erwartet, muss ihnen auch die dafür notwendige Planungssicherheit und Finanzierung geben. Reform und Sparprogramm dürfen nicht gegeneinander wirken. Die Patientinnen und Patienten erwarten zu Recht eine verlässliche Versorgung – dafür brauchen die Krankenhäuser verlässliche Rahmenbedingungen.“

Andrea Wemheuer, Landesbezirksleiterin ver.di Niedersachsen-Bremen:

„Das Vorhaben, die Refinanzierung von Tarifverträgen und die Pflegebudgets zu deckeln, gleicht einer gesundheitspolitischen Geisterfahrt. Damit würden wenige Jahre nach Corona alle Bemühungen um eine bedarfsgerechte Personalausstattung und Aufwertung der Pflege zunichte gemacht. Statt Stellenabbau, Druck auf Löhne und Krankenhausfinanzierung braucht es Entlastung durch ausreichend Personal sowie eine verlässliche Finanzierung von Tarifverträgen und Krankenhausbetrieb.“